

NIEDERSCHRIFT (S. 26-34)

3. öffentliche Sitzung der Gemeindevertretung am Montag, dem 10. Juli 2006, 20.00 Uhr, im Großen Kolleg der Horloffthalhalle in Echzell, Am Preulen 1

Anwesend sind

Gemeindevertretervorsteher:

Manfred Reitz-Rühl

Gemeindevertreter
der **SPD:**

Adler, Erich,
Bächt-Strasdas, Brunhilde
Belter, Roland
Michel, Rolf
Mogk, Marion
Scharf, Holger
Scharf, Roger

Schumacher, Kornelia
Siering, Maria
Stete, Hans-Hermann
Trinczek, Jens

Winter, Horst

der **CDU:**

Fleischer, Steffen
Gillert, Gunnar
Hergenröther, Markus
Hergenröther, Uwe
Hintze, Ingrid

Lech, Christian
Lipp, Marisa
Mühl, Bettina
Schild, Martina
Smrtschek, Margarete

der **FWG:**

Oestreich, Frank
Osadnik, Lars

Moßmann, Lothar (ab TOP 4)

von **Bündnis 90/Die Grünen:**

Henrich, Barbara
Janke, Friedolin

Wagner-Bernardelli, Gertrud

der **Gemeindevorstand:**

Müller, Dieter (Bürgermeister)
Müller, Werner (Erster Beigeordneter)
Hahn, Hans-Jürgen

Reitz, Hugo
Repp, Kurt
Linß, Manfred

Schriftführer:

Verwaltungsbeamter Th. Alber

Entschuldigt fehlen die Gemeindevertreter Norbert Zastrow (SPD) und Dr. Klaus Volk (SPD) sowie der Beigeordnete Martin Rüb.

Der Gemeindevertretervorsitzende Manfred Reitz-Rühl eröffnet um 20.02 Uhr mit einleitenden Begrüßungsworten die 3. öffentliche Sitzung der Gemeindevertretung. Er stellt die frist- und formgerechte Ladung sowie die Beschlussfähigkeit des Plenums fest. Zur Tagesordnung gibt es auf Befragen des Vorstehers einen Antrag zur Geschäftsordnung der Fraktionen von CDU, Bündnis 90/Die Grünen und FWG. Die Fraktionsvorsitzende Mühl trägt für die Fraktionen den Antrag auf Absetzung von TOP 10 – Antrag der SPD-Fraktion vom 22.06.06; Resolution gegen die Einführung von Studiengebühren in Hessen - vor. Zur Begründung wird vorgetragen, dass die Voraussetzungen zur Behandlung in der Gemeindevertretung nicht gegeben sei, da es keine Angelegenheit der kommunalen Selbstverwaltung sei und nicht die Belange der Gemeinde Echzell berühre.

Die Gegenrede des Vertreters Holger Scharf sieht den Bildungsanspruch der Bürger auch als kommunales Thema mit dem Antrag auf Bestand der vorliegenden Tagesordnung. Bei der nachfolgenden Abstimmung über den weitergehenden Antrag der Fraktionen von CDU, Bündnis 90 / Die Grünen und FWG stimmen 16 Vertreter mit Ja, 12 mit Nein. Der Tagesordnungspunkt 10 wird damit abgesetzt, neuer TOP 10 sind die Mitteilungen des Gemeindevorstandes.

1. Neufassung der Satzung für die Freiwilligen Feuerwehren der Gemeinde Echzell

Der Bürgermeister trägt die Beschlussvorlage zur Neufassung der Satzung für die Freiwilligen Feuerwehren der Gemeinde Echzell vor und erläutert die Notwendigkeit vor allem durch die künftig bis zum 62. Lebensjahr verlängerte Möglichkeit des ehrenamtlichen Dienstes in der Einsatzabteilung aufgrund Änderung des § 10 hessisches Gesetz über den Brandschutz, die allgemeine Hilfe und den Katastrophenschutz (HBKG). Die Neufassung der Satzung wie vorliegend wird vom Vertretungsorgan einstimmig beschlossen.

2. Neufassung der

2.1 Straßenbeitragssatzung (StrBS)

2.2 Erschließungsbeitragssatzung (EBS)

hier: Wiedervorlage des Haupt- und Finanzausschuss

Der Vorsitzende des Haupt- und Finanzausschuss, Lars Osadnik, berichtet in gedrängter Form über die Beratungen zur Straßenbeitrags- und Erschließungsbeitragssatzung im Ausschuss. Dieser empfiehlt die Neufassung der Satzungen in der vom Verwaltungsorgan vorgelegten Fassung. In Redebeiträgen wird der Verwaltung für die detaillierte Ausarbeitung der Berechnungsgrundlagen gedankt.

In getrennten Abstimmungen werden die Neufassungen der Straßenbeitragssatzung und der Erschließungsbeitragssatzung jeweils einstimmig beschlossen.

3. Antrag der SPD-Fraktion vom 11.05.2006; Einrichtung einer Fußgängerschutzanlage an vorhandenem Fußgängerüberweg in OT Bingenheim Höhe Kronstraße;

hier: Bericht des Ausschusses für Gemeindeentwicklung, Umwelt und Soziales

Die Vorsitzende des Ausschusses für Gemeindeentwicklung, Umwelt und Soziales, Barbara Henrich, erläutert den Sachstand zur Einrichtung einer Fußgängerschutzanlage in Bingenheim in Höhe Kronstraße. Nachdem keine Unterlagen mehr über die Einrichtung des vorhandenen Fußgängerüberweges beim Amt für Straßen- und Verkehrswesen vorliegen und eine neuerliche Verkehrszählung in Auftrag gegeben wurde, empfiehlt der Ausschuss mehrheitlich, den Gemeindevorstand zu beauftragen, die Einsatzkriterien einer Fußgängerschutzanlage in diesem Bereich zu prüfen sowie eine Kostenschätzung vorzunehmen und dem Ausschuss darüber zu berichten. Die Beschlussvorlage des Ausschusses wird mit 16 Ja-Stimmen bei 12 Gegenstimmen angenommen.

**4. Wiedervorlage des Entwurfs der 1. Nachtragssatzung mit Nachtragshaushaltsplan für das Haushaltjahr 2006 mit geändertem Investitionsprogramm;
hier: Wiedervorlage des Haupt- und Finanzausschuss**

Der Vorsitzende des Haupt- und Finanzausschusses, Lars Osadnik, berichtet in gedrängter Form über die Beratungen des Ausschusses zur 1. Nachtragssatzung mit Nachtragshaushaltsplan für das Haushaltjahr 2006. Ein mehrheitlich gefasster Beschluss sieht dabei nach gemeinsamen Anträgen der Fraktionen von CDU, FWG und Bündnis 90 / Die Grünen eine Veränderung des vorgelegten Nachtragsplans bei folgenden Haushaltsansätzen vor:

1. Absetzen des Haushaltsansatzes 2006 in Höhe von 50.000 Euro bei Haushaltsstelle 3600.95013-007 (Neubau Kinderspielplatz) bei gleichzeitiger Aufstockung des Planansatzes 2006 der Haushaltsstelle 4600.9351-006 (Geräteerneuerung Kinderspielplätze) auf 50.000 €.
2. Zweckbindung von Haushaltsmitteln bei der Haushaltsstelle 6300.9601-010 (Ortsstraßenausbau) in Höhe von 10.000 € für die Um- und Neugestaltung von öffentlichen Flächen in den Ortsbereichen Am Bürgerhaus Bingenheim, vor dem „Stern Gettenau“, in der Mittelstraße Bisses, vor der Horloffthalle Echzell und am Bahnhofsvorplatz in Echzell sowie in Höhe von 2.000 € für Planungsarbeiten zugunsten der Schaffung einer wassergebundenen, rollstuhlbefahrbaren Wegedecke hinter der Seniorenresidenz Bisses.

Der Haupt- und Finanzausschuss empfiehlt mehrheitlich, dass das Plenum der vorgelegten 1. Nachtragssatzung mit geändertem Nachtragshaushaltsplan in der Form der Verwaltungsvorlage vom 23.06.2006 für das Haushaltjahr 2006 zustimmen möge.

Der Bürgermeister erläutert die Vorlage des Verwaltungsorgans, welche die Beschlüsse des Haupt- und Finanzausschusses berücksichtigt und haushaltsrechtlich

umsetzt. Die Fraktionsvorsitzende der SPD, Frau Bächt-Strasdas, weist auf die Notwendigkeit von präzisen Beschlüssen und Beschlussvorlagen der Ausschüsse zur verwaltungsmäßigen Umsetzung hin.

Der Gemeindevertretervorsteher lässt sodann über die vorliegende 1. Nachtragsatzung mit geändertem Nachtragshaushaltplan in der Fassung der Verwaltungsvorlage vom 23.06.2006 für das Haushaltjahr 2006 einzeln abstimmen. Der Nachtragsatzung stimmen 16 Vertreter zu, 12 lehnen ihn ab (bei der Abstimmung waren nur 28 Gemeindevertreter anwesend). Dem Nachtragsplan stimmen in einzelnen Abstimmungen über den Verwaltungshaushalt, den Vermögenshaushalt sowie dem Investitionsplan jeweils 17 Gemeindevertreter zu, 12 lehnen ihn jeweils ab.

Der gesamten Entschließung über die 1. Nachtragsatzung mit Nachtragshaushaltplan in der Form der Verwaltungsvorlage vom 23.06.06 für das Haushaltjahr 2006 entsprechen 17 Gemeindevertreter, 12 stimmen dagegen, der Gemeindevertretervorsteher stellt sodann die 1. Nachtragshaushaltsatzung für das Haushaltjahr 2006 wie folgt fest:

§ 1

Mit dem **Nachtragsplan** werden

	erhöht	vermindert	und damit der Gesamtbetrag des Haushaltplans einschl. der Nachträge gegenüber bisher EUR	
	um	um	gegenüber bisher EUR	auf nunmehr EUR festge- setzt
	EUR	EUR		
a) im Verwaltungshaushalt				
die Einnahmen	170.000	55.000	8.003.820	8.118.820
die Ausgaben	115.000	0	8.003.820	8.118.820
b) im Vermögenshaushalt				
die Einnahmen	575.000	0	556.460	1.131.460
die Ausgaben	575.000	0	556.460	1.131.460

§ 2

Der Gesamtbetrag der Kredite, deren Aufnahme zur Finanzierung von Investitionen und Investitionsförderungsmaßnahmen im Vermögenshaushalt erforderlich ist, wird gegenüber der bisherigen Festsetzung in Höhe von Null EUR auf 446.540 EUR neu festgesetzt.

§ 3

Verpflichtungsermächtigungen werden nicht veranschlagt.

§ 4

Kassenkredite werden nicht beansprucht.

§ 5

Die Gemeindesteuern werden nicht geändert.

§ 6

Der bisherige Stellenplan wird nicht geändert.

§ 7

Die dem Bürgermeister sowie dem Gemeindevorstand bisher erteilte Ermächtigung zur Leistung von über- und außerplanmäßigen Ausgaben wird nicht geändert.

**5. Gemeinsamer Antrag der Fraktionen von CDU-, FWG- und Bündnis 90/Die Grünen vom 22.06.06; Neuerrichtung des Kinderspielplatz Bingenheim Höhe Welschbach;
hier: Rückabwicklung der Auftragsvergaben und öffentlichen Zuschüsse**

Die Gemeindevertreterin Marisa Lipp trägt den gemeinsamen Antrag der Fraktionen von CDU, Bündnis 90 / Die Grünen und FWG vor. Hiernach wird der Gemeindevorstand beauftragt, bereits erfolgte Auftragsvergaben bzgl. des Kinderspielplatzes am Friedhof in Bingenheim rückgängig zu machen und mit den beauftragten Firmen über eine Abwicklung der eingegangenen Verpflichtungen zu verhandeln, Anträge auf die Gewährung von öffentlichen Zuschüssen bzgl. des Kinderspielplatzes am Friedhof in Bingenheim zurück zu nehmen, ein Konzept für die Errichtung eines Kinderspielplatzes in Bingenheim an anderer, geeigneter Stelle vorzulegen und die bereits eingegangenen Verpflichtungen mit Unternehmen sowie die bereits zugesagten Zuschüsse auf dieses Projekt umzustellen. Über die veranlassten Maßnahmen ist durch den Gemeindevorstand bis zur Sitzung der Gemeindevertretung am 11. September 2006 schriftlich Bericht zu erstatten.

Der Antrag der Fraktionen wird mit Pietätlosigkeit bei der Standortwahl wegen der Nähe zum örtlichen Friedhof, nicht ständiger Nutzbarkeit sowie latenter Unfallgefahr der Kinder durch angrenzende Gemeindestraßen begründet.

Der Bürgermeister erläutert den Verfahrensgang des neunjährigen Dorferneuerungsprogramms in Bingenheim zur Stärkung des ländlichen Raumes. Sämtliche Maßnahmen im Rahmen dieses Programms seien durch einen Dorferneuerungsbeirat mit Bingenheimer Bürgern beraten worden. Der Bescheid über die 70 % ige Förderung (rd. 35.000 €) der Herstellungskosten des Spielplatzes aus Landesmitteln datiere vom Dezember vergangenen Jahres. Im September/Oktober diesen Jahres werde seitens des Landes Hessen der Verwendungsnachweis erwartet. Der Verwaltungsleiter trägt vor, dass die Rückziehung des Fördermittelantrages zudem gebüh-

renpflichtig sei und die Aufhebung einer Ausschreibung von bereits vergebenen bzw. für die restlichen Teilleistungen bereits zum Vergabebeschluss anstehenden Arbeiten einen schwerwiegenden Grund im Sinne der allgemeinen Vergabebestimmungen der VOB/A erfordere. Ist dies nicht der Fall, liege eine Rechtsverletzung vor, der Gemeindevorstand würde so zu unrechtem Handeln beauftragt. Zudem bestehe dann die Gefahr von Schadenersatzansprüchen der Bieter.

In mehreren Redebeiträgen der Fraktionsvertreter der SPD sowie der Mehrheitsfraktionen wird die Standortfrage des geplanten Kinderspielplatzes kontrovers diskutiert. Der Gemeindevertretervorsteher lässt sodann über den Antrag der Fraktionen von CDU, FWG und Bündnis 90 / Die Grünen abstimmen. Mit 17 Ja-Stimmen bei 12 Nein-Stimmen wird der Antrag angenommen.

6. Gemeinsamer Antrag der Fraktionen von CDU-, FWG- und Bündnis 90/Die Grünen vom 22.06.06; Vorlage eines Nutzungskonzeptes für den Bereich des alten Kindergartens im OT Bingenheim

Der Gemeindevertreter Oestreich trägt den gemeinsamen schriftlichen Antrag der Fraktionen von CDU, FWG und Bündnis 90 / Die Grünen vom 22.06.06 vor. Hierbei wird der Gemeindevorstand beauftragt, ein detailliertes schriftliches Konzept für die endgültige Nutzung des alten Kindergartens (Lehrerwohnungen) im Ortsteil Bingenheim nach Ende der Renovierungsarbeiten und vor der Einweihung vorzulegen. Weiterhin sind der genaue Zeitpunkt der Fertigstellung des Gebäudes sowie der Übergabe und Einweihung zu benennen. Das vorgenannte Nutzungskonzept sowie der beantragte Bauzeitenplan sind dem Ausschuss für Gemeindeentwicklung, Umwelt und Soziales umgehend und ohne Verzögerung zur Beratung vorzulegen.

Der Antrag wird damit begründet, dass aufgrund des Baufortschritts alsbald mit einer Fertigstellung zu rechnen sei, aber den Entscheidungsgremien der Gemeinde noch kein detailliertes Nutzungskonzept vorliege. Die umgehende Vorlage diene dem Vorbeugen von wilden Spekulationen in den Vereinen und der Bevölkerung in Bingenheim.

Der Gemeindevertreter Belter verweist auf die Planvorlagen aus dem Jahr 2004 und lehnt den Beschlussantrag insoweit auch namens der SPD-Fraktion ab. Der Vorsitzende lässt sodann abstimmen und stellt fest, dass der Antrag bei 17 Ja-Stimmen und 12 Nein-Stimmen angenommen ist.

7. Gemeinsamer Antrag der Fraktionen von CDU-, FWG- und Bündnis 90/Die Grünen vom 22.06.06; Planungen zur Um- und Neugestaltung öffentlicher Flächen in der Gemeinde Echzell; hier: Bürgerhaus Bingenheim, „Stern“ Gettenau, Mittelstraße Bisses, Horlofftalhalle Echzell und Bahnhofsvorplatz Echzell

Die Gemeindevertreterin Wagner-Bernardelli erläutert den gemeinsamen Antrag der Fraktionen von CDU-, FWG- und Bündnis 90/Die Grünen vom 22.06.06 betref-

fend der Planungen zur Um- und Neugestaltung öffentlicher Flächen in der Gemeinde Echzell, im einzelnen der Flächen vor dem Bürgerhaus Bingenheim, dem ehemaligen Gasthaus „Zum Stern“ Gettenau, in der Mittelstraße in Bisses, vor der Horloffthalhalle in Echzell sowie dem Bahnhofsvorplatz in Echzell. Für die genannten Flächen soll dabei eine Planung zur Um- und Neugestaltung vorgelegt werden, dass ein Pflege- und Nutzungskonzept beinhaltet, bei dem Echzeller Bürger mit ihrer Mithilfe Berücksichtigung finden. Die Planung und Kostenermittlung soll bis spätestens 15. September 2006 dem Ausschuss für Gemeindeentwicklung, Umwelt und Soziales zur Beratung vorliegen. Begründet wird der Antrag mit dem unanschaulichen Zustand der öffentlichen Flächen, bedingt durch natürliche Verbuschung und Wildwuchs sowie konzeptionslose Pflege. Um im Herbst 2006 mit den Arbeiten zu beginnen, sei eine frühzeitige Planung und Beratung unerlässlich.

Der Bürgermeister verweist seitens des Verwaltungsorgans auf einen bestehenden Pflegeplan für die öffentlichen Flächen und verwehrt sich gegen den Vorwurf der Untätigkeit der Verwaltungsmitarbeiter.

Der Vorsitzende verkündet nach Abstimmung die Annahme des Antrages mit 17 Ja-Stimmen bei 12 Gegenstimmen.

8. Antrag der SPD-Fraktion vom 22.06.2006; Überprüfung der Öffnungszeiten in den Kindergärten

Die Gemeindevertreterin Siering beantragt namens der SPD-Fraktion die Überprüfung der Öffnungszeiten der Kindergärten auf ihre Bedarfsgerechtigkeit und erforderlichenfalls eine Neuregelung der Öffnungszeiten. Begründet wird der Antrag damit, dass seit 1998 keine Prüfung mehr stattgefunden habe und besonders der Bedarf für den Freitag Nachmittag zu prüfen sei.

Die Gemeindevertreterin Mühl stellt hierzu einen weitergehenden Änderungsantrag und beantragt die Verweisung in den Ausschuss für Gemeindeentwicklung, Umwelt und Soziales mit dem ergänzenden Auftrag an das Verwaltungsorgan eine Ist-Übersicht der gemeldeten Kinder und beschäftigten Erzieher/innen sowie die Bedarfsplanung der voraussichtlich besetzten Kiga-Plätze ab September 2006 dem Ausschuss vorzulegen sowie einer Prüfung der Machbarkeit kurzfristig verlängerter Öffnungszeiten Freitag nachmittags im Kiga Rappelkiste. Weiterhin sollen vom Gemeindevorstand Vorschläge für bedarfsgerechte und familienfreundliche Öffnungszeiten erarbeitet und in der Ausschusssitzung vorgelegt werden.

Begründet wird die Erweiterung des Hauptantrages sowie die Verweisung in den Ausschuss mit der Notwendigkeit einer eingehender Beratung und Entscheidungsfindung des Vertretungsorgans. Nach kontroversen Redebeiträgen der Vertreter von SPD-Fraktion und den Mehrheitsfraktionen zur Notwendigkeit der Verweisung bezweifelt der Bürgermeister die Sinnfälligkeit der mit weiterem Verwaltungsaufwand verbundenen Verweisung in den Ausschuss im Hinblick auf die dünne Personaldecke der Verwaltung und macht deutlich, dass das Tagesgeschäft der Verwaltungsmitarbeiter als vorrangig zu betrachten ist.

Mit 17 Ja- Stimmen bei 12 Ablehnungen wird der Änderungsantrag der Fraktionen von CDU/FWG/Bündnis 90 /Die Grünen angenommen und somit in den Ausschuss für Gemeindeentwicklung, Umwelt und Soziales verwiesen.

9. Antrag der SPD-Fraktion vom 22.06.2006; Richtlinien für die Errichtung oder Erweiterung von Solarkollektoren – Thermische Solaranlagenförderung

Ein von der SPD-Fraktion eingebrachter Antrag vom 22.06.2006 sieht die Aufstellung eigener Förderrichtlinien der Gemeinde Echzell für die Errichtung oder Erweiterung von Solarkollektoren zur Warmwasseraufbereitung und/oder mit Raumheizung vor mit dem Ziel einer Bezuschussung in Höhe von 50,00 €/m² angefangener installierter Bruttokollektorfläche.

Begründet wird der Antrag damit, im Interesse einer nachhaltigen Energieversorgung vor allem Technologien der erneuerbaren Energien zu unterstützen und dabei zum Einsatz in der Gemeinde Anreize zu schaffen.

Seitens der Fraktionen der CDU, der FWG und Bündnis 90 / Die Grünen wird ein gemeinsamer konkurrierender Hauptantrag eingebracht. Hiernach ist ein Förderkatalog für die Nutzung regenerativer Energien im privaten Bereich zu erstellen. Der Entwurf soll dem Ausschuss für Gemeindeentwicklung, Umwelt und Soziales zur weiteren Beratung vorgelegt werden mit dem Ziel einer Beschlussempfehlung bis Anfang nächsten Jahres. Begründet wird der konkurrierende Antrag mit dem Erfordernis eines breit angelegten Förderkataloges, der auch andere erneuerbare Energien umfasst.

Die Fraktionsvorsitzende der SPD bemängelt den Zeitverlust bei der Umsetzung des Antrages zur Förderung der erneuerbaren Energien durch die Verweisung in den Ausschuss.

Der Gemeindevertretervorsteher lässt zunächst über den konkurrierenden Hauptantrag abstimmen, der mehrheitlich bei 16 Ja-Stimmen und 12 Nein-Stimmen (zum Zeitpunkt des Votums waren nur 28 Vertreter anwesend) angenommen wird. Der Hauptantrag der SPD-Fraktion wird mit 12 Ja bei 17 Gegenstimmen abgelehnt.

10. Mitteilungen des Gemeindevorstandes

Namens des Gemeindevorstandes gibt der Bürgermeister die nachfolgenden Mitteilungen:

- Gemäß den Vorschriften des hessischen Kommunalwahlgesetzes ist Wahlleiter in Gemeinden der Bürgermeister und stellvertretender Wahlleiter sein Vertreter im Amt. Nach dem Widerruf der Bestellung des seitherigen besonderen Wahlleiters Manfred Steidl zum 30.06.06 war im Hinblick auf die bevorstehende Direktwahl des Bürgermeisters die erneute Bestellung eines besonderen Gemeindevahlleiters erforderlich.

Zum neuen Gemeindevahlleiter wurde der Verwaltungsbeamte Thomas Alber

bestellt, der seitherige Stellvertreter Wilfried Mogk wurde als stellvertretender Wahlleiter bestätigt.

- Mit einer notwendigen Erweiterung der Urnengräberanlage auf dem Friedhof Gettenau wurde die Firma Belter Garten- und Landschaftsgestaltung, Echzell, beauftragt.
- Das Labor für Umwelt- und Rohstoffanalytik hat die Ergebnisse der jüngsten routinemäßigen Netzwasserproben im Gemeindegebiet übermittelt. In der Probe Grund-Schwalheim, Abfallwirtschaft, ist eine Nachprobe erforderlich, alle weiteren Proben (Rathaus, Feuerwehr Echzell und Horloffthalhalle) sind in Ordnung.
- Das Regierungspräsidium Darmstadt hat mit Bescheid vom 01.06.06 die Plangenehmigung für die Renaturierung der Horloff in Echzell im Abschnitt zwischen Autobahn und Feldwegebrücke erteilt.
- Der Gesangverein „Einheit“ 1835 Echzell bedankt sich in einem Schreiben an den Gemeindevorstand für die erteilten Zuwendungen zu den Ausbildungskosten des Vereines.
- Der Amtsleiter des Forstamtes Nidda Rigobert Oberländer-Simanavicius ist mit Wirkung zum 01.07.06 als Leiter des Dezernates „Forsten“ zum Regierungspräsidium Darmstadt versetzt worden. Die vakante Forstamtsleiterstelle wird voraussichtlich im dritten Quartal 2006 neu besetzt.
- Die Wahl des stellvertretenden Vorsitzenden des Ausschusses für Gemeindeentwicklung, Umwelt und Soziales, Frank Oestreich, am 13.06.06 ist nach Prüfung der Wahlvorgänge für ungültig befunden worden. Dem Wahlvorschlag mangelte es an der Eigenschaft der Wählbarkeit, so dass in einer der nächsten Sitzungen die Wahl wiederholt werden muss.

Der Vorsitzende wünscht den Gemeindevertretern eine angenehme Sommerpause und schließt die Versammlung.

Ende der Sitzung: 22.01 Uhr

Der Gemeindevertretervorsteher:

(Manfred Reitz-Rühl)

Der Schriftführer:

(Thomas Alber)